

# Konfliktlinien der Klimapolitik

*Roland Czada*

## Zusammenfassung

Der von Klimapolitik bewirkte Strukturwandel verursacht massive Verteilungskonflikte: *interregional* zwischen alten und neuen Energiestandorten, *intersektoral* zwischen aufsteigenden und absteigenden Wirtschaftsbranchen, *stratifikatorisch* zwischen unteren und höheren Einkommensgruppen.

Klimapolitik ist überwiegend Wirtschaftsstrukturpolitik: Klimaschädliche Produkte und Technologien werden zurückgefahren und klimafreundliche sollen an deren Stelle treten. Das führt zum Abstieg und Aufstieg von Industriebranchen und Industrieregionen. Entsprechend verlagern sich Investitionen und Arbeitsplätze. Klimapolitik ist zudem mit immensen Kosten verbunden, die von der Allgemeinheit über Steuern und Abgaben sowie Preissteigerungen zu tragen sind. Intensive Verteilungskonflikte sind die Folge. Wer in der Wirtschaft, im Verkehrs- und Gebäudesektor auf klimafreundliche Technologien umstellt, ruft nach öffentlichen Subventionen. Die Verliererseite, alle die Arbeit, Einkommen und Lebensstandard einbüßen, verlangt zum Nachteilsausgleich Sozialtransfers. Damit entstehen Verteilungskonflikte, die jede Regierung vor große Probleme stellen: Wie kann sie gegenüber dem Wahlvolk eine Politik rechtfertigen, die von großen Teilen der Gesellschaft als Belastung empfunden wird?



**Prof. Dr. Roland Czada**  
Forschungsstelle Japan, Universität Osnabrück

## Klimapolitik und Verteilungsgerechtigkeit

Klimapolitik bedeutet höhere Mieten, die zur Amortisierung der Wärmedämmung älterer Gebäude gefordert werden. Höhere Energiepreise führen zu höheren Heizkosten und Spritpreisen sowie zur Teuerung aller Produkte, zu deren Herstellung Energie benötigt wird. Als Ausgleich sind Pläne zur fiskal- und sozialpolitischen Umverteilung in Planung. Das führt zur Ausweitung von Staatstätigkeit und damit zu einer Entwicklung, die den Prinzipien der freien Marktwirtschaft entgegensteht.

Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2022 geht auf das Thema „Energiearmut“ und den Personenkreis ein, der von klimapolitischen Maßnahmen benachteiligt wird. Die Kostenbelastung durch gestiegene Strompreise beträgt für Haushalte aus dem unteren Einkommensdrittel durchschnittlich 1,08 Prozent ihres Einkommens, während sie im oberen Einkommensdrittel im Schnitt bei 0,49 Prozent liegt. Zudem haben ärmere Haushalte kaum die Möglichkeit von der EEG-Umlage zu profitieren, weil sie keine Photovoltaik-Anlagen betreiben oder Eigentum und Einkommen durch die Beteiligung an Windgenossenschaften erwerben können (Lebenslagen 2022, S. XXII, 330-334). Ärmere Haushalte wohnen in älteren, schlecht wäremisolierten Gebäuden. Sie können nicht mit E-Autos Steuern und Mobilitätskosten sparen, während alte Fahrzeuge mit kontinuierlich steigenden Energiesteuern belegt werden.

Klimapolitik führt neben Problemen der Organisation und Maßnahmensteuerung zu strukturpolitischen und technologischen sowie nicht zuletzt enormen sozialen Herausforderungen. Die genannten Probleme werden durch interregionale Verteilungskonflikte ergänzt. Die besten heimischen Standorte für die regenerative, CO<sub>2</sub>-freie Energieerzeugung finden sich aufgrund ihres Windreichtums in den norddeutschen Küstenländern, während der deutsche Süden als vergleichsweise windarme Region gilt. Hohe Windkraftanteile im Norden, im Süden noch bis zu 38 Prozent Kernenergie und dazwischen traditionelle Kohleregionen kennzeichneten die Energielandkarte Deutschlands bis in die jüngste Vergangenheit. In einer postfossilen und postnuklearen Zukunft sollen Kohleverstromung und Kernenergie aus dem Energiemix ganz verschwinden. Dann muss der agrarisch geprägte Norden die Stromversorgung der hochindustrialisierten südlicheren Regionen Deutschlands sicherstellen. Insofern sind massive Standortverschiebungen und damit räumliche Gewinner und Verlierer einer Energie- und Klimawende absehbar. Sie ist mit entsprechend ausgeprägten Interessenunterschieden konfrontiert und daraus resultierenden Konflikten zwischen den windreichen Nordländern, den im Westen und Osten liegenden Kohleländern Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen und den mit dem Ersatz hoher Kernenergieanteile konfrontierten Südländern Baden-Württemberg und Bayern.

Entsprechend dem regional unterschiedlichen Strommix differieren die CO<sub>2</sub>-Emissionen pro Einwohner in den Bundesländern. Die Kohleverstromung in Brandenburg, Saarland, Bremen, NRW, Sachsen und Sachsen-Anhalt führt zu deutlich mehr Treibhausgasen im Vergleich zu Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Nach dem Vollausstieg aus der Kernenergie werden die CO<sub>2</sub> Emissionen in den Südländern zunehmen und erst dann wieder zurückgehen,